

in das Brennelemente-Becken stürze, könnte es nach Einschätzung der GRS „zu einer begrenzten Freisetzung“ von Radioaktivität aus dem Brennelemente-Becken kommen. Noch gravierender wäre es, wenn das Becken zerstört würde: Eine „erhebliche Freisetzung“ von Radioaktivität wäre die Folge.

Der Atomwissenschaftler Klaus Traube befürchtet dem Zeitungsbericht zufolge, daß eine Reaktorkatastrophe in Isar 1, keine zehn Kilometer vor Landshut, wesentlich schlimmere Folgen als das Unglück von Tschernobyl haben könnte. Traube hatte in den 60er und 70er Jahren für die AEG die Entwicklung von Siedewasser-Reaktoren in Deutschland geleitet. Heute ist er Atomexperte des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND). Weil Traube unschuldig in den Verdacht terroristischer Kontakt geriet, wurde er in seiner Wohnung illegal vom Verfassungsschutz abgehört. Die Abhöraktion weitete sich 1977 zu einer Regierungskrise aus, während der der Bundesinnenminister zurücktreten mußte. Traube hält den von ihm selbst konstruierten Kraftwerkstyp für äußerst verwundbar: Damals habe man noch keine spezifischen Vorkehrungen gegen Flugzeugabstürze getroffen. Mindestens ebenso wahrscheinlich ist Traube zufolge ein Angriff mit tragbaren panzerbrechenden Waffen vom Boden aus. Über dieses Problem habe man in Fachkreisen bereits vor 30 Jahren diskutiert. Dagegen sei vor allem bei Isar 1 kein Kraut gewachsen, sagte Traube. Denkbar sei aber auch das Einschleusen von Terroristen in die Kraftwerksmannschaft. Genau mit dieser Befürchtung, so Traube, habe man die Abhöraktion gegen ihn begründet. Die einzig wirksame Sicherheitsmaßnahme sei die Abschaltung des Kraftwerks.

Das fordern jetzt sogar die Grünen in Österreich. Ihr Na-

tionalratsabgeordneter Peter Pilz will die gesamte Studie öffentlich verteilen, um die Behörden zum schnellen Handeln zu zwingen. Das Sicherheitsrisiko durch Isar 1 sei nicht mehr länger hinnehmbar, sagte er der Süddeutschen Zeitung. „Ich werde das Verbrechen der Bürgerinformation begehen.“ Pilz droht: Falls Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf nicht bald etwas unternehme, werde er in Wien den Nationalen Sicherheitsrat zusammenerufen, um über die Gefahr durch das bayerischen Atomkraftwerk zu beraten.

Für Freitag den 6. Februar 2004, 20 Uhr, lädt die oppositionelle Bundesarbeitsgemeinschaft Energie der Grünen zu einer Diskussion des Themas Terror gegen Atomkraftwerke in die Bundesgeschäftsstelle Der Grünen in 10115 Berlin, Platz vor dem Neuen Tor 1. Sprechen sollen Michael Sailer, Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, Wolfgang Renneberg, Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, Susanne Ochse von Greenpeace Deutschland, und Hartwig Berger, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Energie. ●

Katastrophenschutz

Deutsche Atomkraftwerke fehlkonstruiert

Recherchen der deutschen Sektion der internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) zum Atomkraftwerk Biblis B führten zu der überraschenden Erkenntnis, daß die zentrale sicherheitstechnische Barriere der deutschen Atomkraftwerke, die Sicherheitshülle (Containment), grundlegend falsch konstruiert ist. Das ergibt sich aus einem von der OECD 1997 veröffentlichten internationalen Vergleich verschiedener Atomkraftwerke. Während die meisten Anlagen außerhalb Deutschlands demnach eine

Sicherheitshülle aus Beton haben, wurde die Sicherheitshülle der deutschen Atomkraftwerke aus Stahl gefertigt. Bei Stahlhüllen komme es aber bereits bei relativ niedrigen Überdrücken zum großflächigen Versagen, während Betonhüllen höheren Drücken standhalten und dann „lediglich“ wachsende Undichtigkeiten aufweisen. Zu dieser Fehlkonstruktion komme bei den deutschen Atomkraftwerken erschwerend hinzu, daß im Falle einer Kernschmelze konstruktionsbedingt weitaus mehr hochexplosiver Wasser-

stoff gebildet werde und die entstehenden Drücke viel größer seien als bei den untersuchten Anlagen im Ausland, heißt es in der IPPNW-Meldung vom Dezember 2003 weiter. Das Ergebnis der internationalen Vergleichs: Bei fast allen ausländischen Anlagen soll die Sicherheitshülle bei einem Kernschmelzunfall halten, während es bei den deutschen, von Siemens entwickelten Atomkraftwerken zu massiven Freisetzungen von Radioaktivität kommen werde. ●

Katastrophenmanagement

Entscheidungen nur mit Hilfesystem

Beim Bundesamt für Strahlenschutz soll für den nächsten Supergau vorgesorgt sein: mit dem computergestützten „Entscheidungshilfesystem RODOS“

In Regierungen und Behörden herrschte nach dem Unfall von Tschernobyl im Jahre 1986 eine starke Verunsicherung. Daraus wuchs das Bedürfnis, die Beurteilung der radiologischen Lage und den Prozeß der Entscheidungsfindung möglichst zu vereinheitlichen. Man forderte ein „umfassendes System“ zur Ermittlung und Einschätzung der radiologischen Lage im Nah- und Fernbereich von kerntechnischen Anlagen. Darin gedachte man sich zu bewegen und hoffte, so in der Not sichere Entscheidungsgrundlagen zu finden zur Bewertung der Lage, zur Empfehlung von Maßnahmen zur Verringerung von Radioaktivitätsbelastungen und zur Information der Bevölkerung. Aus dem im Juli

2003 fertiggestellten und jetzt im Wirtschaftsverlag NW in Bremerhaven veröffentlichten Bericht des Fachbereichs SW - Strahlenschutz und Umwelt des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) über den Einsatz des Entscheidungshilfesystems „RODOS“ in Deutschland wird deutlich, daß eine solche Sicherheit im Unglück wohl Illusion bleiben wird.

1987 hatte man damit begonnen, vorhandene Rechenprogramme, Modelle und Datenbanken zum Notfallschutz zusammenzufassen. Darauf aufbauend begann man mit der Planung und Entwicklung eines „rechnergestützten Entscheidungshilfesystems (RE-SY)“. Weltweit entstanden in den 90er Jahren eine Vielzahl solcher Einzelsysteme, die qualitativ und quantitativ unterschiedliche Ergebnisse lieferten. Einen allgemein ak-